

Stefan Schubert

The book cover has a solid red background. On the left, there is a portrait of a young man with dark, curly hair and a beard. On the right, there is a portrait of an older woman with short, light-colored hair. Overlapping the two portraits is a circular gold seal of the Central Intelligence Agency (CIA). The seal features an eagle with wings spread, perched on a shield with a sunburst, surrounded by the text 'CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY' and 'UNITED STATES OF AMERICA'.

Die Destabilisierung Deutschlands

Der Verlust der inneren und
äußeren Sicherheit

KOPP

Stefan Schubert

Die Destabilisierung Deutschlands

Der Verlust der inneren und
äußeren Sicherheit

KOPP VERLAG

1. Auflage August 2018

Copyright © 2018 bei
Kopp Verlag, Bertha-Benz-Straße 10, D-72108 Rottenburg

Alle Rechte vorbehalten

Covergestaltung: Nicole Lechner
Titelfoto: © Photoshot/picture alliance u. a.

ISBN E-Book 978-3-86445-615-2
eBook-Produktion: **GGP Media GmbH**, Pößneck

Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis

Kopp Verlag
Bertha-Benz-Straße 10
D-72108 Rottenburg
E-Mail: info@kopp-verlag.de
Tel.: (07472) 98 06-0
Fax: (07472) 98 06-11

Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:
www.kopp-verlag.de

Vorwort

Die CIA, Anis Amri und die Bundesregierung

Exklusiv: Der Geheimdienstkomplex um Anis Amri ist ein staatspolitischer Skandal ohnegleichen. Die Spuren des islamistischen Terroristen vom Breitscheidplatz führen direkt ins Kanzleramt von Angela Merkel.

Terrorermittler aus NRW beantragten bereits im Juni 2016 beim Generalbundesanwalt (GBA) einen umfangreich begründeten Haftbefehl gegen Anis Amri. Die Existenz und die Hintergründe des Haftbefehls sowie dessen Nichtvollstreckung wurden der Öffentlichkeit bis heute verheimlicht. Auf Druck der CIA, die europaweit eine Geheimdienstoperation gegen die IS-Hintermänner von Anis Amri durchführte, verhinderte die Bundesregierung die Vollstreckung des Haftbefehls durch den GBA. Der folgenschwerste islamistische Terroranschlag auf deutschem Boden forderte zwölf Menschenleben, siebzig Verletzte und schockierte die gesamte Republik.

Bisher wurde in der Öffentlichkeit den beteiligten Polizei- und Sicherheitsbehörden die alleinige Schuld für jegliche »Pannen« zugeschoben. Doch nach monatelangen Recherchen, der Einsicht von streng geheimen Unterlagen und Gesprächen mit beteiligten Geheimnisträgern ergibt sich ein völlig anderes Bild zum Fall Amri. Bei der beispiellosen »Pannenserie« handelte es sich nicht um Pannen, sondern Amri wurde gezielt durch die Politik vor einer Festnahme und Abschiebung geschützt, damit die CIA aus seinem IS-Umfeld weiterhin Daten abschöpfen konnte.

Die exklusiven Enthüllungen werden erstmalig in diesem Buch veröffentlicht (siehe Schlusskapitel).

Deutschland 2018

Innerhalb kürzester Zeit hat sich die Sicherheitslage im Land drastisch verschärft. Terroranschläge und brutale Gewalttaten erschüttern das Land in immer kürzeren Abständen. Berlin, Ansbach, Würzburg, Hannover und Essen sind nur die Spitze einer islamistischen Terrorwelle, der die Bürger schutzlos ausgeliefert sind. Immer häufiger werden Terroranschläge und islamistisch motivierte Gewalttaten von Politik und Medien als normale Straftaten bagatellisiert oder komplett verschwiegen. Als bekannte Chiffre dieses Vorgehens werden Täter bereits kurz nach der Tat als »psychisch krank« ferndiagnostiziert oder als »Mann« umschrieben, der sich in einer »psychischen Ausnahmesituation« befand.

Die Manipulation der öffentlichen Meinung ist diesen Protagonisten augenscheinlich wichtiger, als die Bevölkerung über die wahren Zustände im Land zu informieren. Dies ist ebenfalls bei dem Hamburger Edeka-Killer Ahmad A. zu beobachten. Der abgelehnte Asylbewerber aus Saudi-Arabien gestand ein islamistisches Motiv für seine Tat: Er habe so viele deutsche Christen wie möglich töten wollen. Seine Taten will er als Beitrag zum weltweiten Dschihad verstanden wissen. Zudem wurde bei ihm eine IS-Fahne gefunden. Willkürlich erstach er mit einem Küchenmesser den Edeka-Kunden Matthias P. (50) und verletzte sechs weitere Menschen. Angeklagt und verurteilt wurde er am Ende »nur« wegen Mordes. Einen weiteren islamistischen Terroranschlag auch nur einzugestehen, dem verweigern sich sämtliche amtlichen Stellen.¹ > Hinweis

Seit dem 4. September 2015, dem Tag, als Angela Merkel ohne Rechtsgrundlage dauerhaft Deutschlands Grenzen öffnete, müssen Weihnachtsmärkte, Silvesterfeiern und Volksfeste mit Anti-Terror-Betonsperren und von Polizisten mit durchgeladenen Maschinenpistolen geschützt werden. Der städtebauliche Ausnahmezustand wird sich jedoch nicht zeitlich und nur auf Großveranstaltungen begrenzen, sondern zu einem anhaltenden

Zustand werden. Nach Forderungen der EU-Kommission werden sich deutsche Innenstädte dauerhaft in Kriegszonen verwandeln. Denn diese Betonpoller, die man bisher nur aus Kabul und Bagdad kannte und deren Wirksamkeit zudem hoch umstritten ist, werden vom Provisorium zum festen Bestandteil werden. »Aktionsplan zum verbesserten Schutz öffentlicher Räume« nennt sich das Papier der EU-Kommission, das nun bundesweit von der Politik umgesetzt wird.²

> Hinweis

Doch damit nicht genug: Im gleichen Atemzug fordert die EU-Kommission eine Aufrüstung gegen Terroranschläge mit chemischen (C), biologischen (B), radioaktiven (R) und nuklearen (N) Substanzen. Die Sicherheitsbehörden sprechen dabei von CBRN-Attacken. Auch hier setzt die Bundesregierung umgehend die Forderungen der EU-Funktionäre um. In Berlin wird ein neuer Standort der GSG 9 aufgebaut. Deren personelle Sollstärke soll gleichzeitig um ein Drittel aufgestockt werden, und die Spezialisierung der Berliner »Neuner« wird in der Bekämpfung von CBRN-Terrorattacken liegen, wie ein Elitopolizist dem Autor bestätigte. Welche geheimen Erkenntnisse liegen der EU-Kommission und der Bundesregierung über bevorstehende CBRN-Terroranschläge vor? Warum wird die Öffentlichkeit nicht informiert?

Vor den Toren Magdeburgs hat die Bundeswehr die modernste Kampfstadt Europas bauen lassen. Regierungsunterlagen zeigen, dass die Kosten dafür statt der offiziell eingeräumten 140 Millionen Euro Steuergelder insgesamt eine Milliarde Euro betrugen. In der Stadt trainieren Bundeswehr und Polizei den Häuserkampf, ausdrücklich auch zur Niederschlagung von bürgerkriegsähnlichen Unruhen im Innern.

Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung?

Welche Szenarien werden hinter verschlossenen Türen durchgeplant?

Auch das Zivilschutz-Sirenennetz, das die Bevölkerung im Kalten Krieg vor nahenden russischen Atomraketen warnen sollte, wird in vielen Städten wiederaufgebaut. Was sind die

Hintergründe dazu?

Krieg gegen Frauen

Die Gruppe, die unter dem Verlust der Sicherheit am meisten zu leiden hat, sind ohne Zweifel die Frauen. Dem Gewaltexzess des Kölner Sex-Mobs durch 1500 vornehmlich nordafrikanische Einwanderer folgte eine nicht abbreißende Welle brutaler Straftaten gegen Frauen. Die Orte brutaler Morde und Vergewaltigungen durch Asylbewerber wie Freiburg, Ahaus, Kandel und Wiesbaden stehen längst als Synonym für den Kontrollverlust des Staates.

Junge Mädchen, Frauen und selbst 80-jährige Seniorinnen wurden Opfer von Männern, die meist über einen arabisch-afrikanischen Hintergrund und eine islamische Sozialisation verfügen. So wurde an einem frühen Sonntagmorgen eine 79-jährige Rentnerin während des Besuches auf dem Friedhof in Ibbenbüren vergewaltigt. Die Polizei verhaftete den Täter noch während der Tat, es handelt sich um einen 40-jährigen anerkannten Flüchtling aus Eritrea.³

> Hinweis

Diese Gewaltepидemie verursacht einen Rückzug vieler Frauen aus dem öffentlichen Raum. Artikel über »Angsträume« werden nicht mehr nur als Alarmismus diffamiert, sondern sind schlicht nicht mehr zu leugnen. Diesen verheerenden Zuständen begegnen die politisch Verantwortlichen nicht etwa mit einer Sicherheitsoffensive, sondern mit dem Verschweigen der tatsächlichen Zustände im Land. Dazu werden manipulierte Statistiken millionenfach verbreitet, und dubiose Kriminologen, wie der SPD-Mann Christian Pfeiffer, sind Dauergäste bei ARD und ZDF. Die Mainstream-Medien agieren hier als willige Komplizen der Politik und verbreiten Schlagzeilen wie: »Zuwanderer sind nicht krimineller als Deutsche«.⁴

> Hinweis

In dem entsprechenden BKA-Lagebild, »Kriminalität im

Kontext von Zuwanderung«, werden jedoch die Straftaten von 600000 Flüchtlingen vorsätzlich nicht berücksichtigt, sie werden so vor der Öffentlichkeit vertuscht. Die exklusiven Hintergründe zu diesem Manipulationsskandal erfahren Sie in diesem Buch.

Die Erosion von Polizei und Justiz

Die Polizei stemmt sich zwar mit vorhandenen Mitteln gegen diese Entwicklungen, steht aber auf verlorenem Posten. Zum einen ist sie durch die extremen Einsparungen der letzten Jahre geschwächt, und darüber hinaus haben die vielen Anfeindungen von linksgrünen Politikern und Journalisten das Feindbild Polizist in eine breite Öffentlichkeit getragen. Um überhaupt noch genügend Polizeibewerber einstellen zu können, wurden die Einstellungsvoraussetzungen drastisch herabgesenkt. Neben immer schlechter Qualifizierten werben Politiker ganz gezielt Ausländer für den Polizeidienst an. In NRW werden seit geraumer Zeit Werbebroschüren in türkischer und arabischer Sprache in Problembezirken verteilt. Die zunehmende Unterwanderung der Polizei durch kriminelle Clans ist eine Folge davon. Doch die Pläne der Politik gehen noch weit darüber hinaus. So fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB), den Polizeidienst für Flüchtlinge zu öffnen, und der einflussreiche CDU-Politiker Ruprecht Polenz will, dass muslimische Polizistinnen in Deutschland im Dienst das islamische Kopftuch, den Hidschab, tragen dürfen.⁵

> Hinweis

> Hinweis⁶

Diese Entwicklungen werden auf vielen Ebenen vorangetrieben, mal öffentlich, meist jedoch im Geheimen. Die Zerstörung der Reputation der Polizei wird sich nicht nur verheerend auf die Sicherheitslage auswirken, sondern auch vorhandene gesellschaftliche Spannungen verstärken. Was passiert, wenn die Polizei nicht mehr zu Hilfe eilt? Was passiert, wenn Polizeieinheiten untersagt wird, in bestimmten Stadtteilen

und Gebieten zu patrouillieren und einzuschreiten? Wie werden sich muslimische Polizisten im Ernstfall verhalten? Und was tun, wenn der Notruf 110 nicht mehr funktioniert oder die Polizei nicht mehr in der Lage ist, alle eingehenden Notrufe abzuarbeiten?

Wer sich in den letzten Jahren Schutz oder gar eine Eindämmung der Gewalt und Kriminalität durch eine konsequent handelnde Justiz erhofft hatte, wurde schwer enttäuscht. Während Vergewaltiger, Kinderschänder und Messerstecher, die häufig über einen Migrationshintergrund verfügen, reihenweise aus den Gerichtssälen spazieren, werden Schwarzfahrer und Senioren, wie eine 84-jährige Rentnerin, ins Gefängnis gesteckt.⁷

> Hinweis Wegen ihrer geringen Rente stahl die betagte Frau Lebensmittel und Pflegeprodukte für 70 Euro, ihr stehen jetzt 9 Monate Haft bevor. Ein Gnadengesuch ihrer Anwältin wurde vom Bayerischen Justizministerium abgelehnt.⁸

> Hinweis Die deutsche Justiz ist nicht unabhängig, sie ist nicht frei von politischer Einflussnahme. Die sich stets wiederholenden Verlautbarungen über eine angeblich unabhängige Justiz, über eine dritte Gewalt neben der Legislative und Exekutive, diese Behauptungen sind schlicht falsch. Die Berliner Parteien haben sich die Justiz längst einverleibt.

Während die Justiz in allen Staaten West- und Mitteleuropas (außer in Österreich) wirklich selbstständig ist, hängt sie in Deutschland am Tropf der Politik. Die Etats werden von den jeweiligen Justizministern aufgestellt. Und wie heißt es so zutreffend: »Wer zahlt, bestimmt die Musik.«

Bei den Staatsanwaltschaften ist die direkte Kontrolle und Steuerung durch die Politik noch gravierender. Die hierarchischen Strukturen dieser weisungsgebundenen Beamten lauten: Staatsanwalt – Oberstaatsanwalt (Abteilungsleiter) – Leitender Oberstaatsanwalt (Behördenleiter) – Generalstaatsanwalt (Leiter der übergeordneten Behörde) – Justizminister. Ob ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder abgewiesen, ob ein Strafverfahren zu einer Anklage führt oder

eingestellt wird, ist in Deutschland somit letztendlich keine juristische, sondern eine politische Entscheidung. Um die Staatsanwaltschaften in die gewünschte Richtung zu steuern, kann der Justizminister über die behördliche Hierarchiekette klare »Anweisungen« erteilen.⁹ > Hinweis

Beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sind die Zustände noch beklagenswerter. Wer sich wunderte, warum das Verfassungsorgan nicht die Euro-Rettungsschirme stoppte und auch während der Flüchtlingskrise Merkel nicht in die Schranken des Grundgesetzes wies, der muss sich mit der Zusammensetzung des obersten Gerichtes auseinandersetzen.¹⁰ > Hinweis

Die Verfassungsrichter werden von Bundestag und Bundesrat gewählt, und der Bundesminister der Justiz führt dazu eine Liste von »geeigneten« Kandidaten, sprich Juristen mit dem richtigen Parteibuch. Zudem hieß der Justizminister der letzten Jahre bekanntermaßen Heiko Maas.

Das Bundesverfassungsgericht steht jetzt davor, eine rot-grüne Mehrheit zu erhalten. Die sowieso schon bedenkliche Rechtsprechung der letzten Jahre droht zukünftig vollends nach links zu kippen. Die Abänderung des Richterspruches in: »Das Urteil ergeht im Namen von CDU, SPD und Grünen« ist bei diesen Hintergründen keine sarkastische Überspitzung mehr, sondern ein real gewordener Albtraum.

Die Hintergründe zum Linksrutsch des Bundesverfassungsgerichtes und der politischen Einflussnahme auf die Justiz erfahren Sie im Folgenden.

Die Bekämpfung der Meinungsfreiheit und eine knallharte Zensur, die Heiko Maas unter dem Ablenkungsmanöver »Hate Speech« betreibt, haben dazu geführt, dass Deutschland von der renommierten Nichtregierungsorganisation Freedom House auf dem Demokratieindex des *Freedom in the World Report 2018* weiter herabgestuft wurde.¹¹ > Hinweis

Die Bundesregierung bekämpft nicht mehr den fortschreitenden Staatszerfall, sondern die Meinungsfreiheit und die Kritiker dieser Zustände.

Welche Auswirkungen ergeben sich daraus?

Linksextremer Terror

Die bürgerkriegsähnlichen, linksextremen G20-Unruhen von Hamburg waren der unwiderlegbare Beweis: Teile der linken Szene haben längst terroristische Strukturen aufgebaut. Seitdem eskaliert die Lage zwischen Linksextremen und Polizisten in immer kürzeren Abständen. Wie wird sich diese Eskalation auf die innere Sicherheit auswirken?

Destabilisierung aus dem Ausland

Doch nicht nur im Innern des Landes wirken starke Kräfte, die eine Destabilisierung Deutschlands zu verantworten haben. Handelskriege und Sanktionen, die hauptsächlich die heimische Industrie treffen, haben der Wirtschaftsmacht Deutschland schweren Schaden zugefügt. Wer und vor allem welcher Plan steckt dahinter?

Zudem agieren ausländische Geheimdienste immer unverfrorener in Deutschland. Politische Morde, Verschleppungen und Anschläge, bei denen fremde Geheimdienste die Strippen ziehen, nehmen in jüngster Zeit besorgniserregende Ausmaße an.

Deutschland ist für ausländische Dienste zu einem rechtsfreien Raum mutiert, in dem sie sich nicht mehr zurückhalten müssen. Die Politik lässt sie nicht nur gewähren, sondern verhindert obendrein in mehreren Fällen die Strafverfolgung.

So hat Erdoğans Geheimdienst MIT damit begonnen, eine regelrechte bewaffnete Untergrundarmee in Deutschland aufzubauen. Dazu wurden Kriminelle der rockerrähnlichen Gang Osmanen Germania mit Handgranaten und Maschinenpistolen

aufgerüstet. Die Bundesregierung bleibt auch hier völlig widerstandslos, geradezu unterwürfig gegenüber Erdoğan und der von ihm betriebenen Eskalation auf Deutschlands Straßen. Mittlerweile setzt der türkische Despot die 3 Millionen Türkischstämmigen im Land ganz offen als fünfte Kolonne ein. Welche Pläne verfolgt Erdoğan, und wie wird sich das auf die Sicherheitslage in Deutschland auswirken? Wird es zu einem Bürgerkrieg zwischen Kurden und Türken in Deutschland kommen?

Während EU-Funktionäre unverhohlen an der Abschaffung der Nationalstaaten arbeiten, um es durch das künstliche Gebilde »Vereinigte Staaten von Europa« zu ersetzen, wird der deutsche Steuerzahler in immer größerem Ausmaß ausgeplündert. Wie werden sich diese Kräfte auf die Lage im Land auswirken? Welche Pläne verfolgt die GroKo? Was bedeuten die EU-Pläne für Deutschland? Finanziell? Im Bereich Asyl? Und im Bereich Sicherheit?

Wohin steuert Deutschland?

Immer größere Teile der Bevölkerung haben ein gutes Gespür dafür entwickelt, dass die Herangehensweise an Themen, die von der Politik und den Mainstream-Medien mit einem Milliardenetat durchgedrückt werden, wenig mit ihrer Realität und den tatsächlichen Zuständen im Land gemein hat. Bei Hinterzimmergesprächen lassen die Mächtigen hingegen ihre Masken fallen und treffen längst Vorbereitungen für den Tag X. So hat die EU-Kommission eine eigene Truppe erschaffen, um europaweit Aufstände niederschlagen zu können, die EUROGENDFOR. Und die Bundeswehr trainiert gemeinsam mit Polizeieinheiten für die Bekämpfung von Bürgerkriegsszenarien im Inneren.

Für viele Experten sind die Vorboten eindeutig: Kölner Sex-Mob, linksextreme G20-Unruhen, eine sich epidemisch

ausbreitende Gewalt und Kriminalität, dazu eine Islamisierung und Radikalisierung, die in eine Reihe islamistischer Terroranschläge gemündet ist, deren Höhepunkt jedoch noch nicht erreicht wurde. Des Weiteren ein sich vertiefender Graben zwischen Bürgern und der Politik und die immer größer werdende Diskrepanz innerhalb der Gesellschaft. Die Sicherheitsbehörden spielen längst auch Szenarien von sozialen Unruhen im Land durch – Arm gegen Reich. Die entstandene Wut und das explosive Potenzial im Land haben besorgniserregende Dimensionen angenommen. Die Frage ist nicht, ob, sondern wann sich diese aufgestauten Spannungen entladen werden.

Außerdem ist das polarisierende Thema »Flüchtlingskrise« beileibe nicht zu Ende, wie suggeriert wird, sondern im Gegenteil, Europa und Deutschland steht das unmittelbare Einsetzen epochaler Völkerwanderungen bevor. Und wer sich die Bevölkerungsexplosion Afrikas vor Augen führt und die Zustände im Pulverfass Naher Osten analysiert, der wird erkennen, dass die Flüchtlingskrise niemals enden wird. So warnt der ehemalige BND-Präsident Schindler vor bis zu einer Milliarde Menschen, die sich auf den Weg machen könnten.

Wie sieht die unmittelbare Zukunft für Deutschland aus, und wie werden die langfristigen Auswirkungen sein? Wird es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen kommen? Welche Gruppierungen werden diese auslösen? Wo werden sie ausbrechen? Und wie kann man sich davor schützen? Wer ist für die Destabilisierung Deutschlands verantwortlich? Wer hat ein Interesse daran, und warum? Wer betreibt sie aktiv?

Für die Beantwortung dieser Fragen wurden streng geheime Polizei- und Geheimdienstpapiere ausgewertet sowie Gespräche mit hochrangigen Polizisten und Insidern geführt.

Teil 1

Tatort Deutschland

Dass es mit der inneren Sicherheit Deutschlands bergab geht, ist für die meisten Bürger hierzulande deutlich spürbar. In Wahrheit hat sich die Sicherheitslage innerhalb weniger Jahre drastisch zugespitzt. Durch die Masseneinwanderung aus vornehmlich muslimischen Kriegsgebieten droht dem Staat in nahezu allen Bereichen ein massiver Kontrollverlust.

Folgen der massiven islamischen Einwanderung

Bis zu 1,5 Millionen Flüchtlinge sind allein in den vergangenen 3 Jahren nach Deutschland eingewandert. Rechnet man die in den Asylstatistiken unterschlagenen rund 300000 Nachzügler mit ein, die infolge des »Familiennachzugs« ebenfalls nach Deutschland kamen, wächst die Zahl bereits auf 1,8 Millionen an.

Diese Einwanderungswelle besteht zu knapp zwei Dritteln aus Männern, deren überwiegende Mehrheit eine islamische und frauenverachtende Sozialisation erfahren hat.

In diesem Buch wird der Begriff »Flüchtling« verwendet, obwohl 99 Prozent dieses Personenkreises keine Flüchtlinge im Sinne von Art. 16a GG sind. Obwohl Politiker und Medien seit Jahren unwidersprochen falsche Behauptungen verbreiten, wonach das Grundgesetz angeblich keine Obergrenze für Asyl kennen würde, sehen die Fakten gänzlich anders aus. Weniger als einem Prozent der eingereisten Asylbewerber steht in Deutschland gesetzlich ein Asylrecht gemäß Art. 16a GG zu. Nachzulesen ist dies in den monatlichen Auswertungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Dort wird die Anerkennungsquote gemäß Art. 16a GG seit Jahren mit unter 1 Prozent angegeben. Für 2015 lag sie bei 0,7 Prozent, für 2016 bei 0,3 Prozent und für 2017 bei 0,7 Prozent. Die Daten werden monatlich vom BAMF veröffentlicht.¹² > Hinweis

Wie fundamental sich Deutschland durch diese massive Einwanderung aus vornehmlich muslimischen Ländern verändern wird, ist mit harten Zahlen belegbar. Die Ergebnisse der weltweiten Umfrage des amerikanischen Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center sind eindeutig. Für die jahrelange Studie wurden 38000 Interviews in

achtzig Sprachen geführt. ¹³ > Hinweis

Nach Angaben der Studie streben 69 Prozent aller Muslime die Scharia als Rechtssystem an. Damit keine Unklarheiten bestehen, nachfolgend die Grundpfeiler einer »moderaten« Scharia-Auslegung: keine Religionsfreiheit, keine Meinungsfreiheit, keine künstlerische Freiheit (*Charlie Hebdo*), keine Pressefreiheit, keine Demokratie, keine Gleichberechtigung für Frauen (sie dürfen geschlagen werden). Nichtmuslime sind bestenfalls Bürger zweiter Klasse. ¹⁴ > Hinweis

In den Herkunftsländern des Flüchtlingsstroms streben gar 91 Prozent der Muslime (Irak) oder 99 Prozent (Afghanistan) diese Zustände an. Weltweit befürworten 40 Prozent der Muslime die Todesstrafe für Islam-Aussteiger. Und die Steinigung einer Ehebrecherin befürworten 82 Prozent der Pakistaner, 56 Prozent der Nigerianer und 16 Prozent der türkischen Muslime. Die komplette Studie ist online beim Pew Research Center einsehbar.

¹⁵ > Hinweis

Scharia statt Grundgesetz

Dieses erschütternde Weltbild in der islamischen Welt kommt für interessierte Bürger nicht überraschend. Auch die Befragung türkischstämmiger Einwanderer, durchgeführt durch die Universität Münster, ist auf vergleichbare Werte gekommen. Ein bedingungsloses »Ja zum Islam« bedeutet somit gleichzeitig, den Import eines patriarchalischen Frauen- und Familienbildes nach Deutschland zu unterstützen. Die Scharia ist für Millionen Muslime in Deutschland wichtiger als deutsche Strafgesetze. Dies belegen auch die Zahlen einer Emnid-Umfrage. Demnach stimmt die Hälfte (47 Prozent) der hier lebenden türkischstämmigen Einwanderer folgender These zu: »Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe.« Scharia statt

Grundgesetz, so lautet demnach die Forderung der Hälfte aller Türken in Deutschland. Jeder Dritte der über 3 Millionen Türkischstämmigen im Land verbirgt noch nicht einmal seine islamistisch-fundamentalistische Einstellung. »Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammed anstreben« – diese Rückkehr in den Steinzeit-Islamismus unterstützen laut Emnid 32 Prozent der Befragten.¹⁶ > Hinweis Wohlgemerkt – von zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden Türken. Und diese Emnid-Umfrage stammt vom Juni 2016, noch bevor Erdoğan und seine Organisationen wie der DİTİB-Moscheeverband eine offene Radikalisierung und Islamisierung der hier lebenden Türken voranzutreiben begannen. Die Islamisten leben also schon lange mitten unter uns. Jedem politischen Entscheidungsträger ist es somit bewusst, wie negativ sich die Einwanderung von rund einer Million alleinreisender muslimischer Männer nach Deutschland auswirken wird. Und diese Männer haben zudem die Sozialisation durch einen deutlich aggressiveren arabischen Islam durchlaufen.

Während in den Mainstream-Medien weiterhin Illusionen über einen moderaten Islam verbreitet werden, spielen sich auf Deutschlands Straßen längst Szenen wie im tiefsten Afghanistan ab. Im Februar wurde ein abgelehnter afghanischer Asylbewerber zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.¹⁷ > Hinweis Der 30-jährige Hamidullah M. lauerte in Prien am Chiemsee seinem Opfer vor einem Supermarkt auf. Mit einem großen Schlachtermesser stieß er einer 38-jährigen Frau in den Hals und in den Kopf. Die Afghanin musste sterben, weil sie zuvor zum Christentum konvertiert war. Augenzeugen sprachen von einer regelrechten »Hinrichtung«.¹⁸ > Hinweis

Im Bundeskriminalamt wird mittlerweile eine Statistik erstellt, die Angriffe auf Christen erfasst – in Deutschland. 2017 wurden vom BKA einhundert »christenfeindliche« Hassverbrechen registriert: darunter Mord, Körperverletzungen und

Brandstiftung.¹⁹ [> Hinweis](#)

Ramadan-Morde in Deutschland

Keinen Eingang in diese Statistik hat hingegen das »Ramadan-Blutbad von Oldenburg« erhalten. Dort massakrierte der 22-jährige syrische Asylbewerber Helal Hadi den syrischen Kurden Abdul Jakub. Der tödliche Streit entzündete sich an dem Rauch einer Zigarette. Mit dem Verweis auf den Fastenmonat Ramadan – »Rauch woanders, ich faste« – bedrohte Hadi einen weiteren Asylbewerber. Den Ablauf des Blutbades rekonstruierte ein Autor der *Achse der Guten*: »Helal Hadi stach dreimal auf Jakub ein. Mit dem ersten Stich zerschnitt er seinem Opfer das Gesicht bis zum Schädelknochen. Den zweiten Stich setzte er unter der linken Brustwarze durch die Rippen ins Herz und zog das Messer von dort nach unten. Der dritte Stich traf von der Seite die Lunge.«²⁰ [> Hinweis](#)

Ebenfalls in Oldenburg ereignete sich mitten in der Innenstadt ein weiterer Ramadan-Mord. Der Streit zwischen syrischen Asylbewerbern entzündete sich an diesem Sommertag an einem Eis. Weil ein 33-jähriger Syrer während des Fastenmonats ein Eis lutschte, begannen zwei 22-jährige Syrer einen Streit mit ihm und stachen ihn zu Tode. Bei beiden Bluttaten wurden geschockte Fußgänger und Kinder Zeugen der Bluttaten. Die Polizei umschrieb diesen Islamistenmord lediglich als »religiösen Konflikt«.²¹ [> Hinweis](#)

Renommierter Psychiater: Islamische Einwanderer sind nicht-integrierbare Zeitbomben

In der ZDF-Talkshow von Peter Hahne zum Thema »Die Macht der Angst – Instrumentalisierung oder Realität?« wurde eine der

interessantesten Diskussionsrunden der letzten Zeit ausgestrahlt. Peter Hahne hatte den Publizisten Ulrich Reitz vom *Focus* und den Psychiater Dr. med. Christian Peter Dogs zu Gast. Zuerst beschrieb der Publizist Reitz die Diskrepanz zwischen der veröffentlichten Meinung und den tatsächlichen Realitäten der Masseneinwanderung:

Die Leute, die wissen das doch: Wenn sie viele Leute reinlassen, die aus einer Kultur kommen, die schwierig zu integrieren ist, mit einer Religion, die zumindest zwielichtig ist, dann wird es große Probleme geben.

Auf Nachfrage von Peter Hahne zu der Problematik des hohen Anteils alleinreisender Männer mit einer islamischen Sozialisation sprach der renommierte Psychiater Dr. Christian Dogs offene Worte, wie sie in dieser Klarheit beim ZDF wohl nie zuvor gesendet wurden.²²

› Hinweis

Das gefährliche Phänomen, das so keiner sehen will ... dass die Persönlichkeit eines Menschen spätestens bis zum 20. Jahr, eigentlich schon bis zum 12. Jahr ausdifferenziert ist. Das heißt, Charakter, Temperament, Persönlichkeit sind durch und auch kaum noch zu verändern. Das heißt, die jungen Menschen, die rüberkommen, da kommt ein irres Gewaltpotenzial rüber. Und die sind mit völlig anderen Wertvorstellungen da. Und das ist eine Zeitbombe, die wir in uns haben.

²³

› Hinweis

Weiterhin prophezeit der Experte, dass die Integrationsbemühungen trotz Milliardenkosten verpuffen werden.

Da ist nichts zu integrieren in vielen Bereichen. Du kannst die Sprache lernen, aber nicht den Kulturkreis, nicht die Religiosität, nicht die Überzeugung ... Es kommen Menschen, die haben ein irres aggressives Potenzial, weil die in Kriegen aufgewachsen sind. Die haben gelernt zu kämpfen, die wissen gar nicht, wie Harmonie geht.

Gewalt und Kriminalität zerstören die gesellschaftliche Ordnung

Wie unter einem Brennglas kann man die zukünftige Entwicklung Deutschlands in Berlin beobachten. Viele Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben ihren Anfang in der 3,5-Millionen-Metropole genommen. Eine unkontrollierte Einwanderung aus der Türkei und dem Libanon in den 1980er-Jahren führte zur Entstehung muslimischer Parallelgesellschaften und zur Bildung von kriminellen türkischen, libanesischen und palästinensischen Clans, die seither den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität der Hauptstadt beherrschen. Der nächste Schritt bestand in der Okkupierung des öffentlichen Raums durch diese Clans, die No-go-Areas entstanden. In diesen »kriminalitätsbelasteten Orten«, so die behördliche Umschreibung für den Verlust des staatlichen Gewaltmonopols, ist Gewalt an der Tagesordnung.²⁴ > Hinweis

Sie kann dort jeden treffen, Nachbarn wie zufällige Fußgänger. Ein vollkommen nichtiger Anlass, das sprichwörtliche »Was guckst du!?, reicht hier schon aus, um lebensgefährlich verletzt und getötet zu werden.

In vielen Stadtteilen ist die nächste, die finale Stufe der Eskalation bereits zu beobachten. Ganz gezielt wird in diesen Zonen Jagd auf »Uniformierte« betrieben, die man als verhasste Repräsentanten des Staates ansieht: vom Briefträger über die Politesse, das Ordnungsamt, den Rettungssanitäter und Feuerwehrleute bis hin zu Polizisten. In Frankreich, Belgien, England und Schweden haben sich erste Stadtteile in regelrechte Kriegszonen verwandelt. Nach Attacken mit Handgranaten und Kalaschnikows sowie gezielten Mordanschlägen auf Polizisten werden in diesen No-go-Areas hochgerüstete Spezialkräfte der

Polizei und der Armee eingesetzt. Auch diese Entwicklungen sind in Deutschland absehbar. Schon heute patrouillieren bewaffnete Einsatzhundertschaften der Polizei an besonders gefährdeten Orten wie in Duisburg-Marxloh und an der Amüsiermeile der Domstadt, den Kölner Ringen. Die normalen Streifenpolizisten sind an diesen Orten hoffnungslos unterlegen.

25

> Hinweis

Vor wenigen Jahren versuchte sich der Bürger dadurch zu schützen, dass, wer immer es sich finanziell leisten konnte und auf dem hart umkämpften Wohnungsmarkt überhaupt eine neue Wohnung fand, aus diesen Gegenden wegzog oder sie von vornherein mied. Doch auch dieser natürliche Überlebensinstinkt schützt im Jahre 2018 nicht mehr davor, Opfer von brutalen Attacken zu werden. Dazu haben sich die No-go-Areas zu schnell ausgedehnt, zudem transportiert der öffentliche Nahverkehr dieses Problem an jeden Ort der Stadt: an Bushaltestellen, U-Bahn-Stationen und Bahnhöfe.

Lebensgefahr bei Parkbesuchen in Berlin

Nach dem Görlitzer Park ist eine weitere Grünoase der Hauptstadt zu einer No-go-Area verkommen. Durch Einwanderer aus Osteuropa und dem arabischen Raum ist auch der Ortsteil Tiergarten zu einer rechtsfreien Zone mutiert. Die erste Berlinerin wurde dort wegen eines Handys bestialisch ermordet.

Die Berliner haben Rot-Rot-Grün gewählt; als Zyniker könnte man anmerken, dass die Berliner nun in den Zuständen leben, die sie selbst gewählt haben: Millionen von Steuergeldern für erfolglose Sozialarbeit, anstatt endlich Berliner Polizisten anständig zu bezahlen. Pädagogikseminare anstatt Gerichtsverhandlungen. Und anstelle der vierten Bewährungsstrafe wären endlich konsequente Urteile mit mehrjährigen Haftstrafen vonnöten.

Bei dieser ideologischen Realitätsverweigerung ist es nicht verwunderlich, dass Berlin zur Hauptstadt des Verbrechens und der Gewalt mutiert ist.

Liste von No-go-Areas liegt vor, wird der Bevölkerung jedoch verheimlicht

In den Stadtteilen, wo Politiker aus diesem Milieu als Bezirksbürgermeister die Verantwortung tragen, sind Zustände an der Tagesordnung, die man eher in Failed States vermuten würde. Die Polizeiführung hat vor geraumer Zeit eine Liste von »kriminalitätsbelasteten Orten« erstellt, aber anstatt diese sofort zu veröffentlichen, um Bürger zu warnen und zu sensibilisieren, hat der Berliner Polizeipräsident diese Liste vor der Bevölkerung verheimlicht. Erst auf öffentlichen Druck hin wurde das schmachvolle Versagen seiner Polizeiarbeit nun offiziell dokumentiert.²⁶

> Hinweis

Die Aufzählung der mittlerweile betroffenen Orte würden einen eigenen Stadtplan füllen: die Hasenheide in Neukölln, der Stuttgarter Platz in Charlottenburg, Kottbusser Tor, Warschauer Brücke, Rigaer Straße, die Sonnenallee (Polizeiabschnitt 54), der Alexanderplatz, Görlitzer Park und so weiter und so fort, und jetzt auch Berlin-Tiergarten.

Zahl der Verbrechen in Tiergarten fast verdoppelt

Bei den Verbrechen handelt es sich um Taten wie diese: Ein Mann durchquerte den Tiergarten auf dem Bremer Weg und wurde von mehreren jungen »Männern« (so die Beschreibung in der *Welt*) angegriffen. Das Opfer versuchte zu fliehen, wurde aber verfolgt, bis die Männer schließlich sein Bein wegtraten. Bei dem Sturz zog er sich einen schmerzhaften

Oberschenkelhalsbruch zu, der einen mehrwöchigen Krankheitsverlauf zur Folge hatte. Noch brutaler traf es einen 75-jährigen Mann, der am helllichten Tage durch den Tiergarten spazierte. Drei Männer umringten ihn und versuchten mit der Antanzmaske, die besonders häufig von nordafrikanischen Tätern benutzt wird, sein Portemonnaie zu stehlen. Als der alte Mann den Griff in die Hosentasche bemerkte und sich wehrte, schlugen ihm die Täter brutal ins Gesicht. Bei dem Sturz erlitt er eine Schlüsselbeinfraktur und musste stationär im Krankenhaus bleiben.²⁷

> Hinweis

Brutaler Raubmord – wegen eines Handys

Im Oktober letzten Jahres konnte der Mörder von Susanne F. festgenommen werden. Er hatte sich nach Warschau abgesetzt und wurde nach Berlin ausgeliefert. Der 18-jährige Tschetschene wurde beschuldigt, die 60-jährige Kunsthistorikerin am 5. September überfallen und mit einem stumpfen Gegenstand erschlagen zu haben. Sie befand sich gegen 22 Uhr auf dem Nachhauseweg und benutzte einen Weg am Rande des Tiergartens. Obwohl der Tschetschene die Leiche nur notdürftig im Tiergarten verscharrte und die Polizei nach der vermissten Frau suchte, wurden ihre sterblichen Überreste erst 3 Tage nach der Tat gefunden. Neben Wertsachen raubte der Täter auch das Handy der Frau. Dieses probierte er mehrfach in Betrieb zu nehmen, was ihm schließlich zum Verhängnis wurde. Die Ermittler konnten das Handysignal in Warschau orten und ihn dort von polnischen Behörden festnehmen lassen.

Erschlagen wegen eines Handys, so sieht mittlerweile die Realität in Berliner Parkanlagen aus.²⁸

> Hinweis

Im Zuge der Ermittlungen wurde bekannt, dass der Tschetschene bereits mehrfach kriminell war und im Gefängnis saß. Trotz schwerer Raubdelikte gegen ältere Menschen (75, 87

und 98 Jahre alt) und eines Abschiebebeschlusses ließ das Ausländeramt Berlin Ilyas A. aus dem Knast spazieren und schob ihn nicht ab. Der brutale Mord an der Kunsthistorikerin wäre bei Anwendung bestehender Gesetze verhindert worden. ²⁹

> Hinweis

Berlin ist verloren

Die Verwahrlosung des Tiergartens ging einher mit der Okkupierung durch sechzig aggressive Obdachlose aus Osteuropa. Die illegalen Camps erinnern an die Anfänge des »Dschungels von Calais«, wo bis zu 6000 illegale Migranten unter menschenunwürdigen Zuständen lebten. Dieser Dschungel ist seitdem Ausgangspunkt von Krawallen und Schießereien. In Calais haben sich mittlerweile gewalttätige Migrantenbanden gebildet, die sich untereinander bekämpfen und auch gegen die Polizei mit Schusswaffen vorgehen. ³⁰

> Hinweis

Drogenmissbrauch und – handel gehören in Tiergarten zur Tagesordnung. Gleichzeitig hat sich dort eine Stricherszene etabliert, bestehend aus rund 25 jungen Männern, die an einem Toilettenhäuschen im Tiergarten ihre Dienste anbieten. Die Szene besteht überwiegend aus Afghanen, Iranern, Irakern und Syrern, die sich schon für 20 Euro an ältere Männer für Sex verkaufen. Einige gingen bereits in ihren Heimatländern der Prostitution nach, als sogenannte »Tanzjungen«. Viele kaufen von ihren Einnahmen bei ansässigen Dealern Heroin und spritzen sich das Rauschgift noch vor Ort. Die Mitarbeiter des Grünflächenamtes sammelten eimerweise blutverschmierte Spritzen ein und schlugen Alarm. Der grüne Bezirksbürgermeister, Stephan von Dassel, hat sich mit einem politischen Offenbarungseid an die Bevölkerung gewandt. »Unsere Mitarbeiter aus dem Grünflächenamt brauchen dringend Hilfe, die Situation im Tiergarten ist völlig außer Kontrolle«, musste der Rathauschef eingestehen.

Inhaltsverzeichnis

Titel	2
Impressum	3
Vorwort	5
Teil 1: Tatort Deutschland	15
Folgen der massiven islamischen Einwanderung	16
Gewalt und Kriminalität zerstören die gesellschaftliche Ordnung	21
Krieg gegen Frauen	27
»Minderjährige Flüchtlinge« und arabische Clans	37
Kriminelle nutzen Deutschlands offene Grenzen für Asylanträge	46
Die Islamisierung Deutschlands	51
Dient der Islam als Rechtfertigung für brutale Gewalt?	54
Ausufernde Gewalt an Schulen, Ämtern und Kliniken	63
Teil 2: Das vorsätzliche Versagen der Politik	70
Grenzöffnungen ohne juristische und parlamentarische Legitimation	71
Das Elitenexperiment der »Umvolkung«	78
Warum die Flüchtlingskrise nie mehr enden wird	83
BND-Chef prognostiziert Migrationsdruck von »weit über einer Milliarde Menschen«	87
Bundesregierung fliegt Flüchtlinge mit Charterflugzeugen aus Griechenland ein	92
2017: 362000 statt 186000 bei Zuwanderung »Asyl«	100
Sozialer Sprengstoff: Milliarden für Flüchtlinge, Strafbettel für Obdachlose	105
Die Vereinigten Staaten von Europa	111
Teil 3: Terror und Krawalle – Ist der Rechtsstaat	

am Ende?	117
Islamistischer Terrorismus – Wir befinden uns im Krieg	118
Generalbundesanwalt: 1200 Terrorverfahren im Jahr 2017	124
Generalbundesanwalt stellt Hunderte Verfahren gegen islamistische Terroristen ein	127
Verfassungsschutz: Deutschland droht langjähriger Terrorismus durch muslimische Einwanderer	132
Terrorgefahr und Flüchtlingsgewalt – Das Ende deutscher Volksfeste	136
BKA vertuscht Straftaten von 600000 Flüchtlingen	140
Die Justiz ist nicht unabhängig, sondern wird von der Politik kontrolliert	149
Urteile des Bundesverfassungsgerichts: »Im Namen von CDU, SPD und Grünen«	154
Politisch korrekte Anklagen und Urteile	159
JVA-Beamter packt aus: Ein letzter Hilferuf aus dem Gefängnis	165
Brutale Angriffe auf Rettungskräfte – Hass auf den Staat als mögliches Motiv?	172
EU-weite Migrantenkrawalle – der eingewanderte Bürgerkrieg	175
Teil 4: Linksextremer Terror	187
Linksextreme Gewalt führt zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen	188
Opferte Merkel Hamburg für die eigene Sicherheit?	192
Massenmedien verharmlosen linksextremen Terror	197
Teil 5: Der Zusammenbruch der Polizei	202
Die Polizei kann die Bürger nicht mehr schützen	203
Staatsversagen: Berliner Polizei bearbeitet 55000 Verbrechen nicht	208

15000 zusätzliche Polizisten? Fake News auf allen Kanälen	210
Deutschlands Polizei ist zu lasch – weil es politisch gewollt ist	219
Ein Kripobeamter packt aus	222
Kapitulation des Rechtsstaates	227
Teil 6: Der Verlust der äußeren Sicherheit	233
Die desolate Lage der Bundeswehr	234
Bei von der Leyen ist der Generalverdacht der Normalzustand	240
Die Afghanistan-Lüge	244
Bundeswehr und Polizei trainieren	253
Bürgerkriegsszenarien im Innern	266
Militarisierung der Polizei durch EU-Kommission	271
Erdoğan's Organisationen destabilisieren Deutschland seit Jahren	277
Die Osmanen Germania agieren als paramilitärische Truppe Erdoğan's	282
Der Bürger ist dem Cyberkrieg schutzlos ausgeliefert	286
»America First« – Die politische Agenda seit 100 Jahren	291
Wirtschaftskrieg gegen Deutschland	294
Siemens: Zur Geheimdienstoperation gegen Iran-Atomprogramm gezwungen?	
Teil 7: Exklusiv: Anis Amri war Teil einer CIA-Geheimdienst-operation	301
Bundesregierung verhinderte aktiv die Festnahme des IS-Terroristen	302
Quellenverzeichnis	326
Anzeige	693